

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **73 (1993)**

Heft 6

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wasser – Neuer Konfliktstoff im Nahen Osten

Der Respekt, mit dem der Mensch im Nahen Osten mit dem Wasser umgeht, fasziniert den Europäer. Es handelt sich aber um ein Verhalten, das auch er langsam lernen muss. Auch europäische Grossstädte, wie z. B. Frankfurt oder Athen, sind bereits mit Wasserproblemen konfrontiert. Von Spanien bis Griechenland sind seit 1985 die Regenfälle um 30 Prozent zurückgegangen. Aller Voraussicht nach wird im Sommer 1993 das Wasser in Athen rationiert werden. Nach jetzigen Schätzungen werden im Sommer die Athener weniger als 80 Liter Wasser pro Person und Tag zur Verfügung haben. Die Optimisten meinen, es handle sich um eine periodisch auftretende Trockenheit; andere sehen die Sahara sich auf das nördliche Ufer des Mittelmeeres ausbreiten. Südeuropa macht sich Sorgen über seinen künftigen Wasserhaushalt.

Indes wird allgemein erkannt, dass auch das Wasser ein endliches Gut ist, das nicht verschwendet werden darf. Rein rechnerisch gesehen, beträgt das Wasservorkommen der Erde 1384,12 Millionen km³. Davon sind aber nur 2,61 Prozent Süsswasser, und zwar 2,01 Prozent in den Eiskappen der Pole und Gletscher, 0,58 Prozent im Grundwasser, 0,02 Prozent in Seen und Flüssen und 0,001 Prozent in der Atmosphäre¹. In anderen Zahlen: Das verfügbare Süsswasservorkommen der Erde (Grundwasser, Flüsse, Seen, Wasser in der Atmosphäre) beträgt 8,3 Millionen km³. Wohl eine gewaltige Menge, die jedoch nicht vermehrbar ist, anders als die Weltbevölkerung und der auch aus zivi-

lisatorischen und wirtschaftlichen Gründen wachsende Wasserbedarf.

Zumindest für absehbare Zeit ist die Wasserversorgung Europas gesichert. Nicht nur wegen seiner reichlichen Wasservorkommen, sondern auch wegen der bereits mehr oder weniger intensiven Umweltschutzmassnahmen in allen europäischen Ländern. Unverkennbar ist auch eine europaweite Sensibilisierung mit Blick auf den Wasserverbrauch. Bezeichnend ist, dass bereits am 26. Mai 1967 der Europarat die *Charta der europäischen Gewässer* veröffentlichte, in deren Art. 2 es heisst: *«Trinkwasservorräte sind nicht unerschöpflich. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, sie zu speichern, zu kontrollieren und, wenn dies möglich ist, zu vermehren.»* Der Europarat hat zudem am 1. Oktober 1992 eine Aktion *«Europa der sauberen Gewässer»* gestartet, die seinem 1967 gesetzten Ziel dienen soll. Europa ist also gewarnt.

Wasserproblem im Nahen Osten

Die Fruchtbarkeit des Nahen Ostens ist eine Folge der grossen Flüsse, die ihn in fast allen Himmelsrichtungen durchqueren. Ohne Flüsse würde die Arabische Wüste – wie die Sahara – bis zum Mittelmeer reichen. Die Existenz dieser Flüsse ist den hohen Bergen Anatoliens (Türkei) und des Nahen Ostens (Libanons und Syrien) zu verdanken. Offensichtlich hatten die alten Griechen ihre besondere Bedeutung für die gesamte Region erkannt. Es gibt viele Regionen

der Welt, die zwischen zwei Flüssen liegen, eine von ihnen heisst Mesopotamien, das Land zwischen zwei Flüssen, wie eben das östliche Syrien und der Irak.

Trotz der Flüsse ist aber das Wasser im Nahen Osten knapp oder reichlich vorhanden, je nach Standort. Wenige Kilometer von den lebenspendenden Flüssen entfernt, breitet sich die bedrohliche Wüste aus. Es entstehen oft bizarre, exotische Bilder; so etwa im Südirak: links der ruhig dahinfließende Schatt el Arab mit den unendlichen tiefgrünen Sümpfen, rechts davon in greifbarer Nähe die in irakisches Gebiet reichende Arabische Wüste. Dazu sind die Wasservorkommen der Region unterschiedlich auf die einzelnen Ländern verteilt. Nachstehende Tabelle zeigt diesen Tatbestand (in Millionen km³).

Land	Wasser- vor- kommen	Wasser- pro Kopf	Wasser- ver- brauch	pro Kopf
Ägypten	65,5	1258,4	65	1248,5
Irak	76	4018,2	50	2643,5
Israel	2,3	569,6	1,8	445,8
Jordanien	0,89	282,9	0,73	231,4
Libanon	4,9	2304,4	0,9	423,2
Saudiarabien	7,3	489,8	1,0	671,0 ¹
Syrien	43	3430,9	10	797,9
Türkei	80	1579,0	30	592,1

¹ Saudiarabien muss bereits Meereswasser entsalzen.

Die grossen Unterschiede im Wasserverbrauch sind Folge der Notwendigkeit der Bewässerung: Ägypten muss, um überleben zu können, die Wüste bewässern und landwirtschaftlich nutzen. Jordanien kann kaum Landwirtschaft betreiben. Der Libanon und die Türkei brauchen wegen der Regenfälle nicht so viel zu bewässern wie etwa Ägypten.

Der Wasserreichtum einiger Länder, wie z. B. Syriens und Iraks, ist insofern problematisch, als er zum grössten Teil auf Flüsse zurückgeht, die auch andere Länder durchqueren.

Aus diesem Grunde bekommt der gesamte Nahe Osten, einschliesslich der Türkei und Ägypten, einen neuen Konfliktstoff, eben das Wasser, das aller Voraussicht nach zum Objekt künftiger Auseinandersetzungen wird.

Konfliktfeld Türkei, Syrien, Irak

Euphrat und Tigris, die zwei mächtigen Flüsse des Nahen Ostens, entspringen in der Türkei. Ihr jährliches Wasseraufkommen beträgt 31,61 km³ bzw. 21,33 km³. Bevor sie die Türkei verlassen, haben sie sich zu zwei mächtigen Flusssystemen geformt, die im Persischen Golf münden und Mesopotamien bilden.

Die Idee, den Wasserreichtum der Flüsse der Türkei für die Landwirtschaft und die Energiegewinnung auszunutzen, stammt vom jetzigen Ministerpräsidenten der Türkei, *Süleyman Demirel* (73), Ingenieur für Wasserbau. Ende der fünfziger Jahre wurde er Chef der staatlichen Verwaltung für die nationalen Gewässer und begann sofort mit dem Bau von Staudämmen überall in der Türkei. Sein Engagement brachte ihm bald den Spitznamen «*König der Staudämme*» ein. Während seiner ersten Ministerpräsidentschaft (1965–1971) entstand in der Türkei das «*Südostanatolische Projekt*» (GAP). Bereits im Juli 1966 wurde in der Mittelosttürkei der erste Schritt zur Realisierung des GAP vorgenommen. Im Kebantal, bei Elazig, entstand ein grosser Damm am Euphrat, der aber den Flusslauf nicht weiter gestört hat, am südlichen Ufer des Stau-

sees setzt er seinen Lauf nach Süden weiter fort. Das Gleiche taten die Syrer in Nordsyrien, westlich der Stadt Raqqa, wo der Assad-Stausee entstand. Auch dieser Staudamm hat den Flusslauf nicht beeinträchtigt.

Problematisch wurde die Lage im Nahen Osten erst, nachdem das GAP durch den kürzlich verstorbenen *Turgut Özal* 1985 grösser dimensioniert wurde. Er sieht 22 Staudämme mit 19 hydroelektrischen Einheiten und einem Aufwandsvolumen von 21 Milliarden Dollar (nach damaligen Preisen) vor. Die hydroelektrischen Kraftwerke des GAP werden im Jahre 2005, wenn das Projekt vollständig abgeschlossen sein wird, 27 000 Megawatt Strom jährlich produzieren, 1,7 Millionen Hektar Land bewässern und das Bruttosozialprodukt der Türkei um 12 Prozent anheben². Die Bevölkerung dieser Region beträgt 4,3 Millionen, mehrheitlich Kurden. Der grösste Staudamm des Gesamtprojekts ist der *Atatürk-Damm*, 60 km von der syrischen Grenze entfernt, der 48,7 Millionen m³ Wasser erfasst. Er ist der neuntgrößte Staudamm der Welt. Unter anderem soll er die Harran-Ebene um die Stadt Urfa in ein neues «Kalifornien» verwandeln. Ein Teilabschnitt des Damms ist bereits am 25. Juli 1992 in Betrieb genommen worden.

Schon durch die Veröffentlichung des GAP wurde ersichtlich, dass Ankara damit nicht allein die Energiegewinnung und die Bewässerung ganzer Ebenen beabsichtigte. Das GAP hatte vielmehr tiefgreifende sozial- und auch machtpolitische Ziele. Der *Atatürk-Damm* soll den Lebensstandard der in der Gegend wohnenden Kurden erhöhen und so zu ihrer Befriedung beitragen. Ausserdem läuft das GAP auf die vollständige Bändigung beider Flusssysteme hinaus. Das beunruhigt Syrien

und Irak, denn allein der mehrmalige Durchlauf der Gewässer von Euphrat und Tigris durch hydroelektrische Turbinen setzt ihre Qualität als Trinkwasser herab. Noch viel wichtiger ist aber, dass der Euphrat seinen weiteren Lauf nach Süden durch einen Tunnel nimmt, der mittels Schieber geschlossen werden kann; d. h., die Türkei kann seinen Fluss einfach unterbrechen. Aus diesen Gründen haben Syrien und Irak nach dem Bekanntwerden des GAP Protest über den Bau des *Atatürk-Dammes* eingelegt, mit der Folge, dass die Weltbank seine Finanzierung ablehnte.

Das hat die Türkei nicht daran gehindert, die Durchführung des GAP aus eigener Kraft in Angriff zu nehmen. Auf die einstige Ohnmacht des Osmanischen Reiches zurückblickend, sagte daher *Özal* bei der Einweihung des Damms am 25. Juli 1992 mit einigem Recht: «*Dieser Damm wurde von unseren eigenen türkischen Arbeitern, Konstrukteuren, Technikern und Geldgebern gebaut. Deshalb ist er ein Symbol dafür, dass wir in den Annalen der Vergangenheit unser Gefühl begraben haben, mit dem Westen nicht konkurrieren zu können.*»³ Auf der Mauerkrone des Damms steht in grossen Lettern der Spruch *Atatürks*: «*Welch ein Glück ist es für den, der von sich sagen kann, ich bin ein Türke.*» Die Berufung auf das für die Araber verhasste Osmanische Reich und die Herausstellung des *Atatürk-Dammes* als Symbol des Nationalstolzes der Türkei im Zusammenhang mit der lebenswichtigen Bedeutung des Euphrat für die 19 Millionen Iraker und die 12 Millionen Syrer, waren wenig geeignet, Damaskus und Bagdad zu beruhigen, obwohl Ankara wiederholt versichert hat, es werde das Wasser niemals als Waffe gegen seine Nachbarn einsetzen. Einvernehmlich hatten daher die drei Nachbarn 1987 in

Ankara ein Protokoll unterzeichnet, das den weiteren Fluss des Euphrat wie folgt regelte: Durch den besagten Tunnel am Ende des Dammes werden 500 000 m³ Wasser pro Sekunde laufen, d. h. 15,8 km³ jährlich oder genau die Hälfte des Wasservorkommens des Euphrat. Davon sollte wiederum 42 Prozent Syrien nutzen und der Rest (58 Prozent) weiter nach Irak fließen. Diese Vereinbarung wurde jedoch von Ankara nicht eingehalten. 1990 hat es den Fluss des Euphrat für einen ganzen Monat gänzlich unterbrochen, damit der Stausee gefüllt werden konnte. Danach liess es eine geringere Menge durch als 1987 vereinbart. Im Oktober 1992 tagten daher in Damaskus Sachverständigenkommissionen der drei Länder, jedoch ohne Ergebnis. Syrien und Irak verlangten ernsthafte Verhandlungen über die Zuteilung des Wassers des Euphrat gemäss den internationalen Praktiken. Die Türkei neigt dagegen zu der von Özal seinerzeit laut verkündeten Ansicht, die Gewässer der türkischen Flüsse gehören ebenso ihr wie das Öl, das sich im Boden der Ölländer befindet. Diese Ansicht ist nicht korrekt. Der Euphrat entspringt wohl in der Türkei, fliesst aber durch syrisches und irakisches Gebiet. Beharrt die Türkei auf ihrem Standpunkt, so führt dies unweigerlich zum Krieg. Syrien und Irak hätten keine andere Wahl, und die Dimensionen wären schrecklich. Schon 1967 liess Israel *Nasser* ausrichten, dass die Sprengung des Assuan-Dammes eine Flutwelle von 70 Metern Höhe in Kairo zur Folge hätte, welche die toten Ägypter bis an die Strände Kretas schleudern würde. Syrien verfügt über die Waffen, um den 60 km vor seinen Grenzen befindlichen Damm zu zerstören. Das sind apokalyptische Vorstellungen, die auf den Zwang zur Mässigung hinweisen.

Ministerpräsident Demirel verfolgt einen gemässigten Kurs. Am 19./20. Januar 1993 war er in Damaskus. Einer der Hauptgesprächspunkte mit Präsident *Assad* war das Wasser des Euphrat. Aller Voraussicht nach werde es daher zu einem neuen Abkommen zwischen der Türkei, Syrien und Irak kommen, noch 1993, wie Demirel in Damaskus versprach. Die Aussenminister beider Länder sind beauftragt worden, die Vorbereitungen dafür zu treffen. Ankara allein kann entscheiden, wie sein Verhältnis mit seinen südlichen Nachbarn künftig gestaltet wird und das hängt vom Lauf des Euphrat ab, auch während eventueller Trockenperioden. Es kann nicht sein, dass Syrien und Irak ohne Wasser bleiben, während die Türken die Gärten der Ebene um Urfa, das künftige «Neu-Kalifornien» wie sie meinen, bewässern. Am Wasser gibt es keine absoluten Eigentums- und Ausschlussrechte. Die Araber haben damit reichlich Erfahrung. Die Geschichte der arabischen Stämme des Nahen Ostens ist wesentlich die Geschichte von Stammeskriegen um Wasserrechte.

Ein anderes Grossprojekt dieser Art der Türkei ist die Zuführung der Gewässer von Seyhan und Ceychan über Pipelines nach Syrien, Israel, Jordanien, Saudiarabien und Kuwait. Seyhan und Ceychan sind zwei relativ kurze aber wasserreiche Flüsse, die in Zentralanatolien entspringen und bei Adana bzw. Iskenderum ins Mittelmeer fließen. Die Idee stammt von Turgut Özal und wurde in den Tagen des «Wüstensturmes» geboren; ein amerikanisches Unternehmen bestätigte bereits ihre Realisierbarkeit. Die Realisierung dieses Projekts könnte in der Tat für alle beteiligten Länder segensreich sein. Das Problem ist nur, dass nicht nur Özal im Wasserreichtum der Türkei ein machtpoliti-

sches Mittel gesehen hat. Bei der Einweihung des Atatürk-Dammes führte er aus, der Damm sei «*eine Quelle des Stolzes und der Inspiration für grössere Ziele für die kommenden Jahre*». Özal stand mit seinem Traum nicht allein, dass die Ereignisse, welche zur Schrumpfung des Osmanischen Reiches geführt haben, umgekehrt werden sollten. Sollte das Wasser zu diesem Zweck eingesetzt werden, so ist sicher, dass die Türkei die gesamte arabische Welt gegen sich aufbringen würde. Sie hatte nie gute Beziehungen zu ihr, und ihre Beteiligung an der Islamischen Konferenz hat die Situation nicht verbessert.

Konfliktherd Israel, Syrien, Libanon, Jordanien

Während die Lage zwischen der Türkei und ihren südlichen Nachbarn potentielle Konflikte in sich birgt, ist die Situation weiter südlich, zwischen Israel, Libanon, Syrien und Jordanien, bereits explosiv. Vor dem 6-Tage-Krieg 1967 hatte Nasser die Umleitung des Jordans oberhalb des Sees Tiberias (Genezareth) geplant. So hoffte er, Tiberias, den Jordan und damit auch Israel auszutrocknen. Am 5. Juni 1967 kamen ihm die Israelis zuvor. Sie besetzten die Golan-Höhen und brachten damit nicht nur den Oberlauf des Jordans vollends unter ihre Kontrolle, sondern auch den Unterlauf des Jarmuk, der von Syrien kommend, südlich Tiberias in den Jordan mündet. Ein Teil des Jordanwassers wird bereits über Pipelines direkt nach Tel Aviv geführt. Durch die Besetzung Südlibanons im Juni 1982 hat Israel ausserdem den Unterlauf des Flusses Litani unter seine Kontrolle gebracht. Litani entspringt im Zentrallibanon, nördlich der Stadt Zahle, und mündet bei Tyros

(Sour) in das Mittelmeer. Als die Israeli im Südlibanon angriffen, stoppten sie die Bauarbeiten an einem Damm auf dem Unterlauf des Litani und brachten seine Gewässer unter ihre Kontrolle. Die Libanesen sind daher überzeugt, dass die Besetzung des Südlibanons eben aus diesem Grund erfolgte. Um so mehr gehen sie davon aus, dass die Israeli den von ihnen besetzten Teil ihres Landes nicht wieder hergeben wollen. Militärisch kann Libanon nicht gegen Israel vorgehen.

Israel deckt nur etwa ein Drittel seines Wasserbedarfs aus dem Jordan. Weitere 640 Millionen m³ kommen aus einem unterirdischen See unter der Westbank. Israel geht verschwenderisch um mit seinem Wasserhaushalt, der 2,3 Milliarden m³ jährlich beträgt. Die vier Millionen Israeli verbrauchen allein 1,8 Milliarden m³, gegenüber 400 Millionen m³, die für die eine Million Palästinenser übrig bleiben. Ein Teil des Wasserhaushaltes des Landes wird durch Brunnenwasser gedeckt. Beim Ausheben von Brunnen ist es den Israeli gestattet, bis zu 600 m tief zu bohren, palästinensische Brunnen dagegen, wenn sie überhaupt ausgehoben werden, dürfen nur eine Tiefe bis zu 300 m erreichen. Auf lange Sicht kann dieser Zustand nicht aufrechterhalten werden, zumal durch den Raubbau am Grundwasser des Landes zwei verderbliche Prozesse auftreten: Zum einen sinkt der Grundwasserspiegel, zum anderen dringt Salzwasser aus dem Mittelmeer in den Untergrund des Landesinneren Israels ein und versalzt das Grundwasser. Dennoch kann aber auch Israel kaum eine andere Wasserpolitik betreiben, ohne seine Existenz zu gefährden. Um so mehr gilt, dass das Wasserproblem im Nahen Osten nur durch eine umfassende Vereinbarung zwischen seinen Ländern, einschliess-

lich der Türkei, gelöst werden kann. Libanon, Syrien, der Irak und Jordanien, die am meisten durch die Beherrschung der Gewässer des Jordans durch die Israelis leiden, sind dazu bereit. Auch die Türkei und Israel bekennen sich verbal zu einer solchen Lösung. Bisher waren sie allerdings noch nicht bereit, umfassende Verhandlungen darüber zu führen. Dennoch sind solche Verhandlungen unvermeidlich und kaum noch aufschiebbar.

Der Streit ums Nilwasser

Der Streit ums Nilwasser geht auf den Beginn des Jahrhunderts zurück. Bereits 1902 hat sich Äthiopien verpflichtet, keinen Staudamm an den Quellen des Blauen Nils zu bauen. Die Vereinbarung von 1959 zwischen Ägypten und Sudan billigte Ägypten 55,8 km³ Wasser gegenüber von 18,5 km³ für den Sudan zu. Indes hat sich aber die Situation am Oberlauf des Nils vollends geändert: Der 6671 km lange Fluss, der zweitlängste der Erde nach dem Mississippi, fließt durch acht Länder: Tansania, Zaire, Burundi, Kenia, Uganda, Äthiopien, Sudan und Ägypten. Sie alle haben inzwischen Wasserprobleme, am schlimmsten Äthiopien, wo der Blaue Nil aus dem Tana-See entspringt. Die Idee, durch Staudämme das Nilwasser nutzbar zu machen, liegt nahe. Ägypten aber, dessen 58 Millionen Menschen zählende Bevölkerung zu 95 Prozent vom Nil lebt, ist bereit zur Verhinderung solcher Projekte Krieg zu führen. Überdies steht Ägypten wegen des Assuan-Staudammes vor einer apokalyptischen Katastrophe. Der Pegel des Nasser-Sees, der durch den monströsen Damm gebildet wird, hat sich seit 1979 um etwa 160 m gesenkt. Deshalb hat sich auch die

Stromerzeugung um 50 Prozent vermindert. Zudem unterliegt der Nasser-See einer zunehmenden Versalzung. Das Gleiche gilt auch für das Niltal. Da es seit dem Bau des Assuan-Dammes nur noch bewässert, aber nicht mehr vom überlaufenden Nil abgespült wird, setzt sich durch die Verdunstung langsam aber sicher Salz auf seinen Feldern ab.

Wasserknappheit als Damoklesschwert

Worin liegt nun die Rettung für Ägypten? Etwa in dem in etwa 1200 m Tiefe liegenden Ozean von Süßwasser, der sich angeblich von Marokko bis Saudiarabien erstreckt? *Muammar el Kadhafi* will ihn anzapfen und die Wüste bewässern. Die Idee ist aus zwei Gründen abzulehnen. Die Gewässer dieses Ozeans sind auch endlich, denn wegen des spärlichen Regens in der Sahara werden sie nicht erneuert; zudem hat die ständige Bewässerung der Wüste, die nur wenig Regenwasser bekommt, nur eine sichere Folge: die allgemeine Erhöhung des Salzgehaltes im Boden.

Nicht nur der Nahe Osten steht unter dem Damoklesschwert der Wasserverknappung: In Kaschmir, in Bangladesch oder in der Region des Flusssystemes von Sambesi, südlich der Sahara, ist die Lage nicht anders. Das Wasser wird stets knapper und die Nachfrage steigt rapid. Die bedingungslose Abhängigkeit des Menschen vom Wasser lässt die Schärfe der bevorstehenden Konflikte ahnen.

Gregor M. Manousakis

¹ Baumgartner und Reichel, Die Weltwasserbilanz, München 1975. – ² Newspot. Turkish Digest. Special GAP issue, Ankara, ohne Datum. – ³ Newspot. Turkish Digest, Ankara vom 30. Juli 1992.

Wie marktkonform ist die Soziale Marktwirtschaft?

Der Begriff «marktkonform» erscheint heute meist im Zusammenhang mit dem Begriff «Soziale Marktwirtschaft». Die grosse Mehrheit der politischen Gruppierungen befürwortet heute die «Soziale Marktwirtschaft», ausgenommen die fundamentalistischen Sozialisten und die Radikal-Liberalen, die im angelsächsischen Sprachgebrauch als *libertarians* bezeichnet werden. Die fundamentalistischen Sozialisten lehnen die Verknüpfung von Privateigentum und allgemeinem Wohlstand ab, die in der Formel «*No property, no wealth*» zum Ausdruck kommt und die auch für die «Soziale Marktwirtschaft» zentral ist, während die libertären Befürworter einer adjektivlosen Marktwirtschaft bestreiten, dass diese durch Umverteilung durch die Politik zu «zähmen» sei. Aus libertärer Sicht soll die Zähmung gerade in umgekehrter Richtung erfolgen: Der Markt muss die stets nach mehr Macht strebenden Tendenzen des «*Leviathan*»-Staates zähmen, indem er sie durch Wettbewerb entgiftet. Freiheit und Wohlstand können nur in einer Wettbewerbsgesellschaft entstehen und erhalten werden.

Der Begriff «Soziale Marktwirtschaft» suggeriert die Vorstellung, dass es so etwas wie eine «Vernunfttehe» gebe zwischen Kapitalismus und gemässigtem Sozialismus. In dieser Verbindung gehe es darum, dass der Kapitalismus Gewinne erwirtschaftet, die dann nach sozialen Gesichtspunkten zugunsten gemeinsam bestimmter übergeordneter Ziele und Gerechtigkeitsvorstellungen über das politische System umverteilt werden können. Auf dieser fragwürdigen Annahme beruht die sozialdemokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik, und die

Popularität dieser «Zauberformel» reicht weit ins bürgerliche Lager hinein. Der Begriff «Soziale Marktwirtschaft» wurde zu Beginn des Wirtschaftswunder nach dem Zweiten Weltkrieg gebräuchlich. *Walter Eucken* und *Ludwig Erhard* verstanden darunter etwas anderes als *Alfred Müller-Armack*, dessen Auffassung sich schliesslich politisch durchzusetzen vermochte. An der eigentlichen Einführung der «Sozialen Marktwirtschaft» hat übrigens kein Sozialdemokrat mitgewirkt. Die folgenden kritischen Analysen beziehen sich auf die Vorstellungen, die nach heutigem deutschem Sprachgebrauch mit den Begriffen «Soziale Marktwirtschaft» und «Marktkonformität» verbunden werden.

Fragwürdige Motive für die Umverteilung

Die Anhänger der «Sozialen Marktwirtschaft», die Umverteilung für unerlässlich halten, kommen nicht darum herum, jene Grenzen zu definieren, die beim Umverteilen zu beachten sind. Die Forderungen nach Umverteilung sind nämlich ein «Fass ohne Boden», und man wird dabei an die Geschichte der Schildbürger erinnert, die zunächst an ihrem Rathaus zu wenig Fenster hatten. Sie setzten immer mehr Fenster ein, bis das ganze Rathaus schliesslich einstürzte. Wenn wir in der Parabel anstelle von «Fenstern» soziale Werte wie «Mitleid» und Forderungen wie «soziale Gerechtigkeit» einsetzen, so stürzt zwar nicht das Rathaus ein, wohl aber das Sozialbudget.

Eine Umverteilung ohne Grenzen gibt es nicht, und darum lassen sich die

Anhänger der Umverteilung aufgrund ihrer Argumente typisieren, die sie für die notwendige Begrenzung ins Feld führen.

Es wird immer wieder behauptet, Umverteilung im Dienst einer <Sozialen Marktwirtschaft> verursache gar keine Kosten. Der Charme dieser Argumentation ist fast unwiderstehlich, aber er wird trotzdem durch die Erfahrung widerlegt, dass es auf die Dauer nicht möglich ist, zwei sich widersprechende Ziele gleichzeitig zu erreichen. Eine durch das süsse Gift des Wohlfahrtsstaates abhängig gewordene Wählerschaft wird sowohl eine effiziente Verwaltung als auch ein ausgeglichenes Budget stets vereiteln. Die Volksweisheit der Italiener resümiert dies folgendermassen: «*Non si puo avere una botte piena e una moglie ubriaca*» ...

Eine zweite Gruppe von Befürwortern der <Sozialen Marktwirtschaft> anerkennt zwar, dass die Umverteilung Kosten verursacht und gibt zu, dass sich solche in einer adjektivlosen Marktwirtschaft vermeiden liessen. Aber sie führt ins Feld, dass sich solche Wohlstandsverluste vertreten liessen, weil sie als Preis zu betrachten seien für ein höherwertiges Gut. Die einen lokalisieren dieses Höherwertige innerhalb des ökonomischen Bereichs und die andern ausserhalb, so dass man von zwei verschiedenen Varianten des Argumentierens sprechen kann. Für die erste Variante kommt es zu einer Kompensation im Rahmen des Ökonomischen: Umverteilung als eine Art «Schutzgebühr» für «Sozialen Frieden», der sich auch für die Wirtschaft als günstig erweist. Vertragstheoretisch formuliert kauft man durch Umverteilung das Gut «willige Kooperation». Diese Betrachtungsweise wird durch die Erfahrung in England (1957–1979) und vor allem in Schweden wider-

legt. Die freiwillige Kooperationsbereitschaft hat in allen Wohlfahrtsstaaten abgenommen, und der Absentismus ist weitverbreitet. In Schweden ist heute permanent ein Viertel der Arbeitskräfte «krankgeschrieben».

Eine weitere, die Umverteilung befürwortende Argumentation nimmt Kosten im ökonomischen Bereich in Kauf, um andere ausserökonomische, etwa moralische Werte, zu realisieren. Diese Version der <Sozialen Marktwirtschaft> ist die einzige, die einer Kritik standhalten kann, denn nur bei ihr wird das zentrale Wertproblem nicht unter den Teppich gekehrt.

«Marktkonform» in drei Versionen

Hinter Überlegungen zur Marktkonformität steht als Leitgedanke die Hypothese, dass ein bestimmter Umverteilungseffekt mit verschiedenen Methoden erreicht werden kann und dass die wirtschaftliche Effizienz durch die unterschiedlichen Interventionen recht unterschiedlich betroffen wird. Man nimmt an, dass es relativ harmlose Interventionen gibt und nennt diese «marktkonform» oder «marktverträglich».

Die Dichotomie marktkonform/nicht marktkonform kann als klassifikatorische, typologische oder komparative Beschreibung ausgearbeitet werden. Der Literatur kann man verschiedene Erklärungen dieser Grundidee entnehmen, die jeweils mit einer bestimmten Variante von <Sozialer Marktwirtschaft> kompatibel sind.

«Marktkonform» als klassifikatorischer Begriff

«Marktkonform» als klassifikatorischer Begriff entspricht der Auffassung,

dass Umverteilungen keine Kosten verursachen. Eine solche Definition lässt sich beispielsweise aus der Kontroverse zwischen *de Jasay* und *Starbatty*¹ rekonstruieren: Eine Intervention ist genau dann marktkonform, wenn sie die Signalfunktion des Preissystems nicht beeinträchtigt. Mit anderen Worten: Die Intervention setzt weder Preise noch angebotene oder nachgefragte Quantitäten fest, sondern überlässt dies den freien Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte. Aus der Definition folgt, dass eine solche Intervention die wirtschaftliche Effizienz nicht beeinträchtigt.

Mit dieser Definition wird geklärt, was unter dem Ausdruck «marktkonform» zu verstehen ist. Aber es bleibt die Frage, ob es derartig definierte Interventionen in Wirklichkeit gibt. Die Anhänger dieser Definition behaupten, dass es solche Interventionen gibt. Eine solche Behauptung lässt sich nicht im Sinn von *Popper* falsifizieren, denn kein Mensch kann wissen, ob etwas, das er nicht kennt, nicht doch irgendwo existiert. Man kann diese Behauptung also lediglich verifizieren. Dazu ist nur ein einziges Beispiel nötig. Folglich liegt die Beweisspflicht bei denen, die behaupten, es gäbe marktkonforme Interventionen im angegebenen Sinn.

In der Praxis mag es unmöglich sein, die Sekundäreffekte einer bestimmten Intervention in der Reaktionskette zu überprüfen. Aber diese Schwierigkeit rechtfertigt nicht, von solche Effekten abzusehen. Betrachten wir ein paar nahezu klassisch gewordene Beispiele:

Beispiel: Preisregulierung und Direktzahlungen

Im Wohnungssektor gelten Mietpreiskontrolle und Mietenstopp als

nicht marktkonform; die Zahlung von Wohngeld an Mieter oder von Subventionen an den Wohnungsbau werden hingegen für marktkonform gehalten. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass diese Zahlungen die Preise nicht beeinflussen. Die Aufwendungen müssen finanziert werden. Meist geschieht das durch Steuern. Das kann die wirtschaftliche Effizienz nicht unbeeinflusst lassen. Es gibt keine Steuer, die gegenüber der wirtschaftlichen Tätigkeit der Steuerzahler neutral ist – möglicherweise mit Ausnahme der Kopfsteuer, der sogenannten *poll tax*.

Die negativen Sekundäreffekte der für die Subventionierung erhobenen Abgaben wirken sich auf die gesamte Volkswirtschaft aus. Da diese hoch komplex ist, können sie allerdings im einzelnen nicht überprüft werden. Demgegenüber sind die negativen Effekte einer Mietpreiskontrolle leichter aufzeigbar, weil sie in einem besondern Sektor auftreten. Wollte man die gesamten ökonomischen Kosten des Wohlfahrtsstaats ermitteln, so würde offensichtlich, dass die offenen Transferzahlungen nur die Spitze eines Eisbergs sind.

Es ist plausibel, dass direkte Transferzahlungen an Mieter (wie übrigens auch an Bauern) volkswirtschaftlich weniger schaden als Mietpreiskontrollen (oder Preisgarantien). Der Unterschied ist aber eher graduell als prinzipiell. Je mehr sich der zwangsweise festgesetzte Mietpreis vom Marktpreis entfernt, desto weniger können die Grundeigentümer in die Verbesserung oder auch nur Erhaltung der Bausubstanz investieren. Die schlechte Bausubstanz im «mietpreisregulierten» Wien ist ein sichtbarer Beleg für diese Zusammenhänge. Entfernt sich der staatlich festgesetzte Mietpreis nur «mässig» von der Marktmiete, so ist der volkswirtschaft-

liche Schaden geringer. Das heisst aber nicht, dass beispielsweise die direkten Transferzahlungen in Form von Wohngeld volkswirtschaftlich unbedenklich wären. Auch diese Direktzahlungen müssen letztlich aus Abgaben finanziert werden, welche gesamtwirtschaftlich und gesamtgesellschaftlich negative Auswirkungen haben. In Schweden hat sich das System der «Wohngeldzuschüsse» dahingehend entwickelt, dass es keine gezielte Unterstützung der wirtschaftlich Schwächeren mehr bewirkt, weil ein Grossteil der Bevölkerung zu den Bezüglern gehört. Ein System, in welchem letztlich aufgrund von pauschalen staatlichen Zwangsvorschriften «alle für alle» bezahlen, ist mit grossen Effizienzverlusten verbunden. Es ist also nicht die *Art* der Intervention, welche über ihre Schädlichkeit oder Nützlichkeit entscheidet, sondern das *Mass*. Je weniger sich der staatlich festgesetzte Preis vom Marktpreis entfernt, desto besser. Die Unterscheidung von «marktkonformen» und weniger «marktkonformen» Interventionen hat daher wenig erklärende Substanz.

Beispiel: Währungspolitik und protektionistischer Aussenhandel

Wie wenig hilfreich die Unterscheidung sein kann, zeigt sich in der Währungspolitik und beim Protektionismus gegenüber dem Aussenhandel.

Die Fixierung von Wechselkursen in der Devisenzwangswirtschaft, also das Verbot, ausländische Zahlungsmittel zu anderen als den amtlichen Kursen zu handeln, gilt als Paradebeispiel für nicht marktkonforme Massnahmen. Hingegen werden Interventionen der Notenbank für marktkonform gehalten. Aber jede Notenbank-Intervention ändert

den Preis gegenüber dem unbeeinflussten Devisenmarkt. Diese Einflussnahme ist ja gerade der Zweck der Übung. Der durch die Intervention zustandekomme Preis gibt andere Signale an Käufer und Verkäufer als ein unbeeinflusster Preis, und die Marktteilnehmer reagieren entsprechend. Die Intervention bewirkt damit ein anderes Verhalten, als es sich auf einem unbeeinflussten Markt ergeben hätte und kann deshalb nicht marktkonform sein.

Zölle werden in der Regel als marktkonformer eingestuft als Ein- und Ausfuhrkontingente. Mit beiden Spielarten der Intervention können aber dieselben volkswirtschaftlichen Wirkungen hervorgebracht werden. Durch sukzessive Erhöhung von Zöllen erreicht man dasselbe Importvolumen wie durch Kontingentierungen. Die den Konsumenten beigefügten Wohlstandsverluste bestehen darin, dass verhindert wird, dass für handelsfähige Güter ein leistungsfähiges Preisnetz entsteht und die Preise jene Signale setzen, welche für notwendige Strukturanpassungen unerlässlich sind. Diese Wohlstandsverluste entstehen bei allen Arten des handelspolitischen Protektionismus.

Die Behauptung, dass es marktkonforme Interventionen gibt, lässt sich zwar nicht im Popperschen Sinn falsifizieren, aber man kann sie als unvereinbar mit unserem Hintergrundwissen bezeichnen. Die Behauptung, es gäbe marktkonforme Interventionen, widerspricht nämlich der allgemeinen Gleichgewichtstheorie, aus der folgt, dass nur ein einziges System von relativen Preisen die Gleichgewichtsbedingungen erfüllen kann. Es ist kein Gegenargument, dass normalerweise die Vermögensverteilung, das Wissen, der Geschmack usw. als Parameter behandelt werden, wenn man die Effizienzbedingungen

für ein allgemeines Gleichgewicht abgeleitet.

Wer an der allgemeinen Gleichgewichtstheorie festhält, muss die Annahme, es gäbe marktkonforme Interventionen, zurückweisen. Wer jedoch an die Existenz marktkonformer Interventionen glaubt, muss die die Annahmen der allgemeinen Gleichgewichtstheorie problematisieren. Dafür bieten sich zwei Möglichkeiten: Wer die Theorie als beschreibende Aussage interpretiert, muss angeben können, welche gut überprüften empirischen Aussagen sie widerlegen. Wer sie als ein Korollarium zum Begriff «rationale Handlung» interpretiert, muss angeben, in welcher Hinsicht die Definition (genauer: Explikation) mangelhaft ist, und er sollte eine bessere vorschlagen. Keine dieser Alternativen ist aussichtsreich. Der Einwand, dass die allgemeine Gleichgewichtstheorie perfektionistisch sei (bestenfalls gibt es Fließgleichgewicht) und sich deshalb in der Praxis nicht anwenden lasse, ist – wengleich korrekt – für die Analyse irrelevant.

«Marktkonform» als typologischer Begriff

Bei der typologischen Begriffsbildung wird ein reiner Typus (Idealtypus) eingeführt, der den Kern des Begriffs darstellen soll. Eine Intervention ist marktkonform im Sinne des Idealtypus', wenn die Intervention die Dynamik des Marktes – das Spiel von Nachfrage und Angebot – intakt lässt. Bei dieser Definition wird anerkannt, dass jede Intervention die Preissignale und damit auch die Effizienz beeinflussen kann.

Aber kann die Dynamik des Marktes unbeeindruckt bleiben, wenn die Preise keine korrekten Signale senden? Jeden-

falls wird die Marktkonformität nun zu einer graduellen Frage: Je näher eine Intervention zum Idealtyp steht, desto geringer sei die Effizienzeinbusse. Auch diese Behauptung ist nicht falsifizierbar, sondern nur verifizierbar.

Die oben angeführten Beispiele haben folgendes gezeigt: Alle Arten des Interventionismus in der Wohnungspolitik sind mit Beeinträchtigungen und Verzerrungen des Marktes verbunden, die letztlich volkswirtschaftliche Effizienzverluste bewirken.

Jede Intervention der Notenbank im Bereich der Währung führt zu Verzerrungen, die um so geringer sind, je weniger sie sich von der Realität ohne Intervention unterscheiden. Angesichts der beschränkten Devisenreserven ist die Möglichkeit, Kursschwankungen über die Tageskurse hinaus wirksam zu beeinflussen, ohnehin begrenzt.

Der Protektionismus im Aussenhandel verursacht Wohlstandseinbusen bei den Konsumenten, unabhängig davon, wie «marktkonform» die gewählten Mittel sind.

«Marktkonform» als komparativer Begriff

Bei der komparativen Begriffsbildung wird gesagt: Eine Intervention ist marktkonformer – genauer: freiheitsschonender – als eine andere, wenn sie die persönliche Freiheit weniger einschränkt als eine Intervention, die den gleichen ökonomischen Effekt hat. Im Unterschied zu den bisher behandelten, als marktkonform bezeichneten Eigenschaften, die begrifflich erfasst werden können, aber in der Wirklichkeit nicht vorkommen, kann es Massnahmen tatsächlich geben, die marktkonform im Sinne von «freiheitsschonender als»

sind. Das kann wiederum an Beispielen gezeigt werden.

Jede Devisenkontrolle stützt sich auf Verbote, welche die Freiheit massiv einschränken. Sie gehört daher zu totalitären Systemen. Die Interventionen der Notenbank hingegen tangieren die Freiheit nicht. Sie zeigen aber eine Abkehr von der Marktwirtschaft, denn ein ungehinderter Kapitalverkehr ist ein Zeichen dafür, wie ernst es einem Land mit der Marktwirtschaft ist.

Durch Kontingente wird verboten, mehr als die staatlich verordnete Menge einzuführen. Das ist eindeutig ein Eingriff in die Freiheit. Je grösser die Diskrepanz zwischen Einfuhrquote und spontaner Nachfrage ist, desto grösser ist der Freiheitsverlust für Konsumenten, die sich noch nicht eindecken konnten, bzw. für alle, wenn die Quote ausgeschöpft ist. Ein Zoll hingegen reduziert primär die Verfügungsmacht der einzelnen Bürger. Dass Zölle Zwang implizieren, ist ein kalkulierter Nebeneffekt. Die spontan sich herausbildenden Marktpreise involvieren *eo ipso* keinen Zwang.

Während «marktkonform» als klassifikatorischer und als typologischer Begriff kein nützliches intellektuelles Instrument ist, ist «marktkonform» als komparativer Begriff («freiheitsschonender als») ein nützlicher Begriff. Er ist nützlich, weil er die Unterscheidung zwischen Freiheit und Verfügungspotential verdeutlicht. Diese Unterscheidung kann nicht genug betont werden. Sogar den grössten Sozialphilosophen unseres Jahrhunderts passiert es, dass sie Freiheit und Macht verwechseln. Massiv kommt das z. B. bei *Max Weber*², en passant sogar bei *Friedrich A. von Hayek*³ vor. Der komparative Begriff hilft uns einzusehen, dass die Frage der Grenzziehung bei Interventionen ein

echtes Wertproblem darstellt: Je mehr Freiheit, desto weniger Gleichheit der Lebensumstände und umgekehrt. Das gilt aus empirischen Gründen. Deshalb müssen wir nach einer Balance suchen.

Die Ökonomik liefert faktisches Wissen als Entscheidungsgrundlage. Die Entscheidung ist letzten Endes subjektiv: Das Individuum muss in Eigenverantwortung selbst entscheiden. Aber eine rationale Diskussion der Wertfrage ist nicht nur möglich, sondern notwendig, wenn wir rational und moralisch handeln wollen. Mehr kann die Wissenschaftstheorie dazu nicht sagen.

Rückblick auf die realexistierende «Soziale Marktwirtschaft»

Der Begriff «Soziale Marktwirtschaft» ist nicht neu. In Schweden wurde die Frage nach dem Gleichgewicht zwischen Wachstum und Umverteilung bzw. nach der Belastbarkeit der Wirtschaft – die Gretchenfrage der «Sozialen Marktwirtschaft» – schon in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts gestellt. Besonders in den dreissiger Jahren gab es eine heftige Polemik, die auf dem Hintergrund der späteren Entwicklungen im schwedischen Wohlfahrtsstaat neu und kritisch zu würdigen wäre. Die intellektuellen Wurzeln der Kontroverse zwischen *Ebba* und *Eli Heckscher*⁴, die sich als «Liberale» verstanden, und den Chefideologen der schwedischen Sozialdemokraten *Alva* und *Gunnar Myrdal* reichen sogar ins Jahr 1913 zurück. Eli Heckscher fasste sein Anliegen in einer Formel zusammen, die damals für die Quintessenz des Liberalismus gehalten wurde: «*Einkommensverteilung so gleichmässig wie möglich – ohne Beeinträchtigung der wohlstandsfördernden Kräfte.*» Der Ökonom Heckscher

bekannt sich in seinem Werk zur utilitaristischen Theorie der interpersonellen Nutzen-Aggregation: *«Ein bestimmtes Volkseinkommen bringt eine um so grössere Befriedigung, je gleichmässiger dasselbe verteilt ist.»* Diese These ist aus heutiger liberal-marktwirtschaftlicher Sicht befremdend, denn wir wissen (oder wir sollten es wissen), dass interpersonelle Nutzen-Vergleiche absurd sind. Wie sollte des einen Schmerz mit des andern Freude «verrechnet» werden können?

Während die Konzeption der «Sozialen Marktwirtschaft» schon vor dem Ersten Weltkrieg diskutiert wurde, stammt die Formulierung von den Ordoliberalen, die nach dem Zweiten Weltkrieg eine liberale deutsche Wirtschaftspolitik erarbeiteten. Zum grossen Bedauern von F. A. von Hayek, der gegenüber dem politischen Gebrauch des «Wieselwortes» «sozial» begründete Vorbehalte hatte, beugte man sich dem von Müller-Armack eingebrachten Kompromissvorschlag und akzeptierte die missverständliche Wortschöpfung, die Probleme verschleiert und falsche Vorstellungen weckt. Ludwig Erhard soll gegenüber Hayek den Kompromiss entschuldigend damit begründet haben, dass es sich ja um einen harmlosen Pleonasmus handle. Marktwirtschaft sei ja an sich schon sozial ... Diese Meinungsäusserung würden alle klassischen Liberalen unterschreiben.

Rückblickend muss man feststellen, dass Ludwig Erhard zwar mit dem Erfolg des Wirtschaftswunders indentifiziert wird, dass sich aber sein politisches Konzept der Marktwirtschaft nicht durchgesetzt hat. Er hat dessen Verfälschung durch die Sozialpolitiker nicht verhindern können, wie *Gerd Habermann*⁵ eindrücklich nachgewiesen hat. Erhard hat die vom schleichenden

Sozialismus gekennzeichnete Entwicklung vorausgeahnt. Er kritisierte die Vorstellung von einem deutschen «Schlaraffenland», in dem jedermann eine generös bemessene Kaufkraft hat, auch wenn er nicht bereit ist, dafür zu arbeiten⁶. Das verhängnisvolle wohlfahrtsstaatliche Prinzip «alles für alle durch alle» kritisiert er folgendermassen: *«Es wäre doch wirklich ein grotesker Zustand, dass wir zunächst alle Steuern zahlen und dann alle anstehen, um schliesslich vom Staat zu unserer Sicherheit unsere eigenen Mittel zurückzuerhalten.»*⁷ Ludwig von Mises hat die Idee einer «sich-sozial-verpflichtet-fühlenden Marktwirtschaft» bereits 1940 kritisiert, und er fügte seinem klassischen Werk *«Human Action»*⁸ in der zweiten Auflage 1966 zwei neue Abschnitte zum Thema «Soziale Marktwirtschaft» hinzu: *«die jüngste Abart des Interventionismus, die deutsche «Soziale Marktwirtschaft», (...) führt letzten Endes dazu, dass das, was (diese Idee) ursprünglich vom fundamentalistischen Sozialismus unterschieden hat, aufgegeben wird.»* Das sozialdemokratische «schwedische Modell» hat uns dann vorexerziert, wie diese Entwicklung in der Praxis verlaufen kann. Mit einer Staatsquote von 70 Prozent und nach insgesamt sieben Abwertungen der schwedischen Krone seit 1973 steht das Land heute am Rande des Abgrunds. In den elektronischen Medien des deutschen Sprachraums ist das in den letzten Jahren und Jahrzehnten fast kritiklos positive Bild vom sozialdemokratischen «Modellstaat» Schweden bisher kaum korrigiert worden. Offenbar will sich niemand gerne von den liebgewordenen Illusionen über ein funktionierendes «Volksheim» trennen ...

Seit 1966 folgt die Bundesrepublik Deutschland dem schwedischen «Vor-

bild», allerdings geht sie den Weg in gemächlicherem Tempo als Schweden es getan hat. Heute ist bei beiden Volksparteien (Unionsparteien und Sozialdemokraten) der schleichende Sozialismus eine treibende Kraft – wenngleich in etwas verschiedener Ausprägung. Die Staatsquote gibt – trotz aller technischen Probleme – dem durchschnittlichen Steuerzahler eine Orientierung darüber, wieviel ihm von seinem Einkommen für private Entscheidungen überlassen bleibt. Über den anderen Teil wird durch Kollektiventscheidungen verfügt. Zu dem sichtbaren Teil der Besteuerung, einschliesslich der Beiträge zur Sozialversicherung, kommen Belastungen durch indirekte Steuern und Abgaben, die weniger sichtbar sind und an die man sich gewöhnt hat (Mehrwertsteuer, steuerliche Belastung von Treibstoff, Alkohol und Tabak usw. – die diesbezügliche Erfindungsgabe des Staates kennt kaum Grenzen). Die Belastung der Einkommen liegt bereits nahe bei der Staatsquote von 50 Prozent. Der deutsche «*Bund der Steuerzahler*» hat ausgerechnet, dass der durchschnittliche Steuerzahler in der Bundesrepublik von der gesamten Arbeitszeit eines Jahres etwa die Hälfte, also von Januar bis Juli, für den Staat arbeitet. Das ist wesentlich mehr als die Zeit, die ein Leibeigener im Mittelalter für seinen Lehnsherrn Dienste leisten musste.

Der heute in der politischen Debatte aktuelle Begriff von «*Sozialer Marktwirtschaft*» hat sich weit von Erhards Vorstellungen entfernt. Er ist alles andere als hilfreich. Gerd Habermann charakterisiert die Entwicklung treffend, wenn er schreibt: «*Die Strasse der bundesdeutschen Sozialpolitik nach 1948 ist mit Niederlagen der sozialpolitischen Ideen Ludwig Erhards gepflastert.*⁹»

Schluss

Für die Verfechter der freien Gesellschaftsordnung folgen aus diesen Überlegungen einige Maximen:

Weil jede nicht einstimmige Kollektiventscheidung einem Teil der Gesellschaft eine dominierte Wahl aufzwingt, gilt es – wie de Jasay vorschlägt –, Regeln zu suchen, die möglichst wenig Schaden anrichten. Darauf lässt sich ein Plädoyer für den Minimalstaat aufbauen: für den Privatrechtsstaat und gegen die Politisierung der Wirtschaft und anderer Bereiche.

Der Begriff «*Soziale Marktwirtschaft*» war für das deutsche «*Wirtschaftswunder*» überaus wertvoll. Jeder Ansatz kann missbraucht werden. *Wilhelm Röpke*, vor allem aber Ludwig Erhard selbst haben sich schon frühzeitig gegen den Einbruch der Sozialpolitik gewandt – leider ohne grossen Erfolg.

Das beste Mittel, die Freiheit zu schützen, ist Wettbewerb auf allen Ebenen – insbesondere zwischen Staaten mit verschiedenen Freiheitsangeboten und Sozialbudgets. Im Idealfall sollten die Individuen in dasjenige System wandern können, das ihren Präferenzen und Werten am ehesten entspricht. Der Wettbewerb ist auch das beste Mittel, die Herrschenden (seien es Prinzen, Cliques oder Parlamente) zu disziplinieren, indem sie die Abwanderung von wertvollem Humankapital und Kapital befürchten müssen.

Das Europa, das die Verfechter einer freien Gesellschaftsordnung verwirklicht sehen möchten, kann nicht das Resultat artifizierlicher Harmonisierungen sein. Ein nach den Vorstellungen von *Jacques Delors* und der EG-Bürokratie in Brüssel am Reissbrett konstruiertes Europa wäre in der Praxis ein institutio-

nalisiertes Kartell von Staaten, in dem die Bürger keine Chance haben, ihrer Ausbeutung auszuweichen. Nur Wettbewerb auf allen Ebenen kann diese Gefahr abwehren¹⁰.

Gerard Radnitzky

¹ Aus der Jasay-Starbatty-Debatte in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 297, 1991; 67 und 80, 1992) lässt sich folgende Definition rekonstruieren: Eine Intervention x ist marktkonform genau dann, wenn x die Signalfunktion des Preissystems nicht beeinträchtigt, d. h. x setzt nicht Preise oder Quantitäten fest, weder angebotene oder nachgefragte, sondern überlässt die der freien Wahl der Wirtschaftssubjekte. – ² Vgl. Max Weber, Soziologie, Universalgeschichtliche Analyse, Politik, 5. Auflage 1973, S. 78. – ³ Friedrich A. von Hayek, Die Verfassung

der Freiheit, Tübingen 1971, S. 193. – ⁴ Eli Heckscher, Gammal och ny ekonomisk liberalism (Alter und neuer Liberalismus), Stockholm 1921, S. 52 f. – ⁵ Gerd Habermann, Die Überwindung des Wohlfahrtsstaates: Ludwig Erhards sozialpolitische Alternative; in: Hohmann K. et al. (Hrsg.), Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart 1988, Bd. 2, S. 33–42. – ⁶ Vgl. dazu R. Warnke, Rettet das Schlaraffenland, Böblingen 1992, bes. S. 71. – ⁷ Ludwig Erhard, Wohlstand für alle, Gütersloh, o. J., S. 120, zit. aus Habermann, op. cit., S. 37. – ⁸ Ludwig von Mises, Nationalökonomie, Genf 1940; engl. Ausgabe unter dem Titel Human Action, Chicago 1949, S. 714; sowie zweite, erweiterte Auflage 1966, S. 723. – ⁹ Gerd Habermann, op. cit., S. 38. – ¹⁰ Roland Bader, Die Euro-Katastrophe: Für Europas Vielfalt – gegen Brüssels Einfalt, Böblingen 1993.

